

CA/50/18 Add. 1 B

Orig.: en

München, den 22.11.2018

BETRIFFT: Ausführliche Zusammenfassung
Budget 2019

VORGELEGT VON: Präsident des Europäischen Patentamts

EMPFÄNGER: Verwaltungsrat (zur Beschlussfassung)

ZUSAMMENFASSUNG

Dieses Dokument stellt eine ausführliche Zusammenfassung des Budget für das Jahr 2019 und der Voranschläge für die Jahre 2020 – 2023 dar. Das Dokument ist eine Kopie der Begründung des CA/50/18. Zusätzlich enthält das Dokument die Summenblätter der im Haushaltsplan veranschlagten Ergebnisse sowohl gemäß Bewilligungshaushalt als auch gemäß IFRS. Neben diesen Finanzinformationen enthält das Dokument eine Zusammenfassung des Stellenplans für das Jahr 2019 sowie ein Inhaltsverzeichnis.



**Europäische
Patent-
organisation**

Verwaltungsrat

**European
Patent
Organisation**

Administrative Council

**Organisation
européenne des
brevets**

Conseil d'administration



Ausführliche Zusammenfassung Budget 2019

Voranschläge 2020- 2023

INHALTSVERZEICHNIS

Gegenstand	Seite
A. EINFÜHRUNG	3
B. LEITLINIEN	3
C. PLANUNGSGRUNDSÄTZE UND ANNAHMEN	6
D. HAUSHALTSERGEBNISSE	9
E. BUDGETÜBERSICHT NACH ORGANISATIONSEINHEIT / PERFORMANCE BUDGET	17
F. PLAN-JAHRESABSCHLUSS GEMÄSS IFRS	18
G. ANHANG	25
1. Bewilligungshaushalt (Organisation)	27
2. Bewilligungshaushalt	29
- Amt	
- Versorgungs- und Sozialversicherungssystem	
- Amt und Versorgungs- und Sozialversicherungssystem, konsolidiert	
3. IFRS-Ergebnisse	37
4. 2019 Stellenplan	43
5. Anhang A – Beschwerdekammern	45
6. Anhang B – Einheitlicher Patentschutz (EPS)	47

BEGRÜNDUNG

A. EINFÜHRUNG

Die Begründung enthält folgende Informationen:

- Leitlinien in Abschnitt B
- Planungsgrundsätze und Annahmen in Abschnitt C
- Haushaltsergebnisse in Abschnitt D
- Budgetübersicht nach Organisationseinheit / Performance Budget in Abschnitt E
- Plan-Jahresabschluss gemäß den Internationalen Rechnungslegungsgrundsätzen (IFRS) in Abschnitt F
- Übersicht über die Haushaltsansätze für die Beschwerdekammern des EPA in Anhang A
- Ausblick auf die Haushaltsansätze für das europäische Patent mit einheitlicher Wirkung nach der Einführung des einheitlichen Patentschutzes in Anhang B

B. LEITLINIEN

Bewilligungshaushalt und IFRS

Grundlage für die Berechnungen nach IFRS ist der Bewilligungshaushalt. Von besonderer Wichtigkeit ist jedoch das Betriebsergebnis der Organisation nach IFRS.

Die IFRS-Voranschläge werden in Übereinstimmung mit den IFRS-Verlautbarungen aufgestellt, die das Amt mit Wirkung vom 1. Januar 2011 vollständig übernommen hat.

Wie in den Vorjahren liegt den IFRS-Voranschlägen für zukünftige Leistungen an Arbeitnehmer ein pauschaler Abzinsungssatz von 5 % zugrunde. Der pauschale Abzinsungssatz hat den Vorteil, dass die Verbindlichkeiten und das Eigenkapital für den Zeitraum 2019 - 2023 auf einer einheitlichen Grundlage veranschlagt und von Jahr zu Jahr verglichen werden können. Außerdem entspricht dies dem Vorgehen bei der Bestimmung der Istwerte von standardisiertem Betriebsergebnis und Einheitskosten, sodass diese mit den Prognosewerten nach IFRS vergleichbar sind.

Rahmen für die strategischen Leitlinien

Die wichtigsten strategischen Leitlinien für das Amt in den Jahren 2010 bis 2018 beruhten auf dem genehmigten "Effizienz-/Qualitätsszenario": das Amt führte seine operativen Verbesserungen fort und sorgte dafür, dass es weiterhin über die Mittel zur Finanzierung aller erforderlichen Investitionen verfügt. Im Rahmen der strategischen Leitlinien wurden zwischen 2011 und 2018 Roadmaps für die Bereiche IT, Gebäude, Zusammenarbeit, Qualität und HR umgesetzt. Die Haushaltsvoranschläge wurden gemäß den Fortschritten bei der Umsetzung der einzelnen Roadmaps angepasst, insbesondere in der Endphase der Roadmaps, die 2018 abgeschlossen werden. Das Budget 2019 enthält verbleibende Haushaltsmittel für die Fertigstellung des Neubaus in Den Haag nach der erfolgreichen Übergabe 2018 sowie für Investitionen in Datenzentren.

Künftige Herausforderungen

Das Amt erstellt derzeit ein neues mehrjähriges Arbeitsprogramm mit einer strategischen Planung zu den Initiativen des Amts für einen mittelfristigen Zeithorizont von fünf Jahren.

Der neue Präsident trat sein Amt am 1. Juli 2018 an. Es wird erwartet, dass der Schwerpunkt der künftigen strategischen Ausrichtung in den folgenden Bereichen liegen wird:

- Effizienz und Effektivität: das EPA sollte beim digitalen Wandel eine führende Position einnehmen und eine höchst sichere Automatisierung vorantreiben sowie neue Technologien wie automatische Übersetzung oder Big Data Analytics weiterentwickeln bzw. integrieren
- Zusammenarbeit: Stärkung des Europäischen Patentnetzes mit Schwerpunkt auf den Nutzern
- Mitarbeiterbindung: Verbesserung der Fähigkeit des EPA, hoch spezialisierte Talente zu gewinnen, weiterzuentwickeln, zu halten und zu managen

Die neuen strategischen Ziele werden dem Verwaltungsrat im Juni 2019 vorgelegt. Das Budget 2019 ist als Übergangshaushalt zu betrachten. Grundlage für die wichtigsten Annahmen ist der Abschluss der 2010 eingeleiteten Roadmaps.

Laufende Initiativen

Flexibilisierung des Beschäftigungsrahmens

Das Amt hat neue Rahmenbedingungen für ein flexibleres Arbeitsvertragssystem eingeführt, das eine genauere langfristige Personal- und Haushaltsplanung unterstützt, die über die Jahre an die sich ändernden Bedingungen und die Verfeinerung der strategischen Ziele angepasst werden kann.

Die Reform hat folgende Ziele:

- Erleichterung des Einsatzes von (befristeten und unbefristeten) Vertragsverhältnissen
- Vereinheitlichung und Vereinfachung der Einstellungsverfahren (nach Art/Dauer des Vertrags)
- Sicherstellung, dass das EPA als Arbeitgeber weiterhin attraktiv ist und gleichzeitig die Flexibilität erhöht wird

Der neue Beschäftigungsrahmen gilt für ab dem zweiten Quartal 2018 eingestellte Bedienstete.

Frühzeitige Rechtssicherheit im Patenterteilungsverfahren

Das Programm "Early Certainty from Search" (ECfS) wurde am 1. Juli 2014 eingeführt. Damit hat das EPA seinen Arbeitsanfall im Recherchen- und Prüfungsbereich neu priorisiert, um möglichst früh im Patenterteilungsprozess Rechtssicherheit zu schaffen. Im Rahmen von ECfS wird der Recherchenbericht mit vorläufiger Stellungnahme zur Patentierbarkeit spätestens sechs Monate nach Eingang der Akte bei der Recherchenabteilung erstellt. Nach der Einführung von ECfS wurde das "Early Certainty"-Konzept ab Juli 2016 auf die Prüfung und den Einspruch ausgeweitet. Für die Prüfung lautet das Ziel, diese im Durchschnitt innerhalb eines Jahres nach Eingang eines gültigen Prüfungsantrags abzuschließen. Ein gestrafftes Einspruchsverfahren wird dafür sorgen, dass Einsprüche in Standardfällen innerhalb von 15 Monaten erledigt sind.

Nachdem das Pünktlichkeitsziel für die Recherche bereits erreicht wurde, werden die Ziele der "Early-Certainty"-Initiative für Prüfung und Einspruch voraussichtlich bis Ende 2020 erreicht, sodass das Amt dann die Pariser Kriterien erfüllt.

Die Haushaltsansätze für 2019 tragen den Zielen des Konzepts "Early Certainty" Rechnung. Daher liegen die Prognosen für die Jahresgebühren für erteilte Patente ab 2018 über denen für Patentanmeldungen. Die Schätzungen für 2019 basieren auf dem derzeit beobachteten Anmeldeverhalten und gehen aus von Einnahmen in Höhe von 580 Mio. EUR bei den Jahresgebühren für erteilte Patente und in Höhe von 460 Mio. EUR für Patentanmeldungen.

Beschwerdekammern

Im Zusammenhang mit der Strukturreform der Beschwerdekammern des EPA wurden besondere Haushaltsmittel in das Budget 2019 eingestellt, die vorwiegend die für den Betrieb der Beschwerdekammern erforderlichen Haushaltsansätze betreffen.

Damit die Ziele, bis 2022 90 % der Fälle innerhalb von 30 Monaten zu erledigen und die Zahl der anhängigen Fälle auf unter 7 000 zu reduzieren, erreicht werden können, wird die Gesamtzahl der festen Stellen im Beschwerdebereich von 237 im Jahr 2018 um 23 Stellen für technisch vorgebildete Mitglieder auf 260 im Jahr 2019 erhöht (199 Mitglieder und Vorsitzende der Beschwerdekammern, 61 Stellen in der Verwaltung). Für 2020 sind 16 zusätzliche Stellen für technisch vorgebildete Mitglieder veranschlagt. Um zu unterstreichen, dass diese zusätzlichen Stellen befristet und zum Abbau des Altbestands vorgesehen sind, werden keine neuen Kammern geschaffen. Der Altbestand wird ständig überprüft, da die vorübergehenden Maßnahmen 2024 enden sollen.

Gemäß den Vorschriften für das neue Haushaltsverfahren erstellt der Präsident der Beschwerdekammern einen begründeten Haushaltsantrag, der zusammen mit der Stellungnahme des Beschwerdekammerausschusses dem Amtspräsidenten vorgelegt wird.

Eine Übersicht über die Haushaltsansätze für die Beschwerdekammern des EPA ist in Anhang A enthalten.

Einheitlicher Patentschutz

Das europäische Patent mit einheitlicher Wirkung soll sich unter der Voraussetzung einer strikten Haushaltsneutralität vollständig aus eigenen Einnahmen finanzieren. Was das europäische Patent mit einheitlicher Wirkung und das Einheitliche Patentgericht betrifft, so geht das Amt davon aus, dass die teilnehmenden Mitgliedstaaten so bald wie möglich eine Lösung finden werden, die eine vollständige Umsetzung ermöglichen wird.

Die Haushaltsvoranschläge für das europäische Patent mit einheitlicher Wirkung für das erste Jahr nach Einführung wurden dem Engeren Ausschuss bereits im Oktober 2017 vorgelegt; damals wurde mit einer Einführung im Jahr 2018 gerechnet.

Eine Übersicht über die Budgetansätze für das europäische Patent mit einheitlicher Wirkung zur Einführung des einheitlichen Patentschutzes ist in Anhang B enthalten und trägt der in den Vorjahren mit dem Budget genehmigten Struktur Rechnung. Die Budgetansätze sehen eine Einführung des europäischen Patents mit einheitlicher Wirkung im Jahr 2019 vor.

C. PLANUNGSGRUNDSÄTZE UND ANNAHMEN

Das Budget 2019 und die Voranschläge 2020 - 2023 sowie der Plan-Jahresabschluss nach IFRS sind in Euro (€) dargestellt; soweit nicht anders angegeben, wurden alle Beträge auf den nächsten Tausenderbetrag (1 000 €) gerundet. Im Wesentlichen beruhen das Budget 2019 und die Voranschläge 2020 - 2023 auf den folgenden Annahmen:

Einnahmen

Mengenannahmen

Die Einnahmen werden auf der Grundlage einer Prognose von insgesamt 336 000 Einreichungen im Jahr 2019 geschätzt; im Budget 2018 war ein Wert von 310 000 prognostiziert. Beim Verhältnis von europäischen Direktanmeldungen zu internationalen PCT-Anmeldungen wird für 2019 davon ausgegangen, dass es gegenüber 2018 mit 21:79 nahezu konstant bleibt.

Basierend auf dieser Entwicklung des Gesamtaufkommens der Einreichungen rechnet das Amt für 2019 mit 176 000 europäischen Direktanmeldungen und in die regionale Phase eintretenden PCT-Anmeldungen (Budget 2018: 169 000).

In Anbetracht der Produktion des Amts wird die Zahl der veröffentlichten Patente mit 125 000 für 2019 höher angesetzt als in früheren Voranschlägen (Budget 2018: 105 000).

Mindestbeträge der nationalen Jahresgebühren

Die in Artikel 39 EPÜ vorgesehenen Mindestbeträge der nationalen Jahresgebühren (3. bis 20. Jahr) sind für die Haushaltsjahre 2019 und 2020 gemäß der 1997 vom Verwaltungsrat beschlossenen Methode festzusetzen.

Ertrag aus dem RFPSS-Nettovermögen

Beim erwarteten Ertrag aus dem Nettovermögen der Reservefonds für Pensionen und soziale Sicherheit (RFPSS) wird ein Wert von 5,25 % zugrunde gelegt (2018: 5,5 %); damit wird der vom Aufsichtsrat der RFPSS in dessen Sitzung im September 2018 beschlossenen Senkung des langfristigen Ziels Rechnung getragen.

EPO Treasury Investment Fund (EPOTIF)

Der EPOTIF enthält Finanzinvestitionen des EPA, die infolge eines Beschlusses des Haushalts- und Finanzausschusses vom Mai 2018 von externen Vermögensverwaltern verwaltet werden. Risiko- und Compliance-Kontrolle werden von einer Kapitalverwaltungsgesellschaft (Master-KVG) übernommen, für die die Vorschriften der deutschen Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) gelten.

Die durchschnittliche Größe des EPOTIF-Portfolios wird 2019 voraussichtlich bei 2 680 Mio. € liegen. Auf der Grundlage der strategischen Anlagenverteilung wird mit einer langfristigen Rendite von jährlich 4 % gerechnet.

Angesichts der positiven Barmittelflüsse aus den Betriebsvorgängen geht das EPA nicht davon aus, dass es erforderlich sein wird, 2019 mehr als 20 % (536 Mio. €) des EPOTIF-Portfolios zu veräußern. Die Höhe der realisierten Gewinne oder Verluste aus der Veräußerung von EPOTIF-Anteilen wird von den kurzfristigen Schwankungen auf den Finanzmärkten abhängen. Die Anlagerichtlinien des EPA schreiben Vermögensverwaltern eine Risikogrenze von 20 % des Portfolios vor (bei einem Konfidenzniveau von 95 %); angewandt auf eine potenzielle Veräußerung eines EPOTIF-Anteils von 536 Mio. € führt dies zu einem potenziellen realisierten Gewinn oder Verlust in Höhe von 107 Mio. €. Da die kurzfristige Volatilität unabhängig ist vom langfristig erwarteten Renditeziel von 4 % und sich positiv oder negativ auf den Wert des Vermögens auswirken kann, legt das EPA für die realisierten Gewinne und Verluste aus EPOTIF-Anlagen ein neutrales Budget vor, in dem sich 2019 voraussichtlich weder die Finanzeinnahmen noch die Finanzausgaben auf über 107 Mio. € belaufen werden.

Für die Zwecke der IFRS-Voranschläge geht das EPA von einer Rendite von 4 % des für 2019 angesetzten durchschnittlichen Portfolio-Vermögens aus; diese langfristig vorgesehene Rendite stützt sich auf die strategische Anlagenverteilung. Weitere Ausführungen zur veranschlagten Entwicklung des EPOTIF-Vermögens sind Abschnitt F des Plan-Jahresabschlusses nach IFRS zu entnehmen.

Ausgaben

Planannahmen für Personalkosten

Gemäß der Entscheidung des Rates betragen die Anpassungen der Gehälter und sonstigen Bestandteile der Dienstbezüge der Beamten des Amtes mit Wirkung zum 1. Juli 2018 +2,9 % in den Grundgehaltstabellen für Deutschland, +2,6 % für die Niederlande und +1,0 % für Österreich. Für 2019 sind zusätzliche Haushaltsansätze für eine rückwirkende Anpassung der Grundgehaltstabellen zum 1. Juli 2018 gemäß der praktizierten Methode der Gehaltsanpassungen vorgenommen. Die erwarteten Gehaltsanpassungen zum 1. Juli 2019 und für die Folgejahre wurden jeweils mit 2,5 % veranschlagt.

Die Haushaltsvoranschläge 2019 sehen wie im Jahr 2018 vor, dass ein Betrag in Höhe von 3 % der Grundgehälter für die Laufbahnentwicklung und Bonuszahlungen gemäß den Bestimmungen des Laufbahn-/Leistungsmanagementsystems zur Verfügung gestellt wird.

Die Sätze für die Beiträge zu den Systemen der sozialen Sicherheit (Versorgungssystem, Kranken- und Pflegeversicherung) bleiben 2019 gegenüber 2018 unverändert. Die nächste versicherungsmathematische Bewertung soll 2019 mit Stichtag 31.12.2018 erfolgen, um die erforderliche Beitragshöhe in Anbetracht der Finanzlage der Systeme neu zu bestimmen.

Personal

Stellenplan

Der Stellenplan ist weiterhin auf 7 075 Planstellen begrenzt, da das Amt seine Politik fortsetzt, Personalressourcen von den Unterstützungsbereichen in den Patenterteilungsbereich umzuverteilen. Für 2019 sind von den maximal genehmigten Stellen 4 492 Stellen für Prüfer veranschlagt, einschließlich einer Reserve von rund 200 Stellen, die zusätzliche Flexibilität bei der Bewältigung der Arbeitslast sicherstellen sollen.

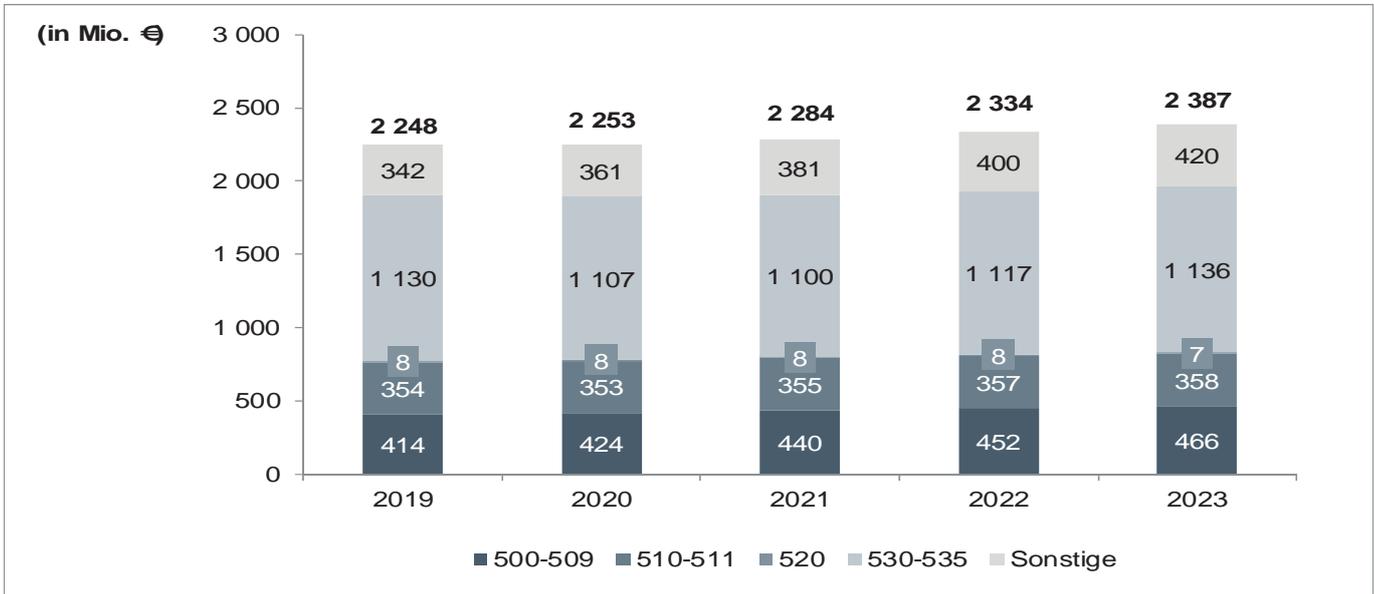
Für Den Haag vorgesehene Stellen

Von den 7 075 Stellen sollen im Budget 2019 2 843 in Den Haag angesiedelt sein. Dies steht in vollem Einklang mit dem Protokoll über den Personalbestand des Europäischen Patentamts in Den Haag (Personalstandsprotokoll) vom 29. November 2000.

D. HAUSHALTSERGEBNISSE

HAUPTBUDGET 2019 UND VORANSCHLÄGE 2020 - 2023

a) Budgetäre Betriebseinnahmen



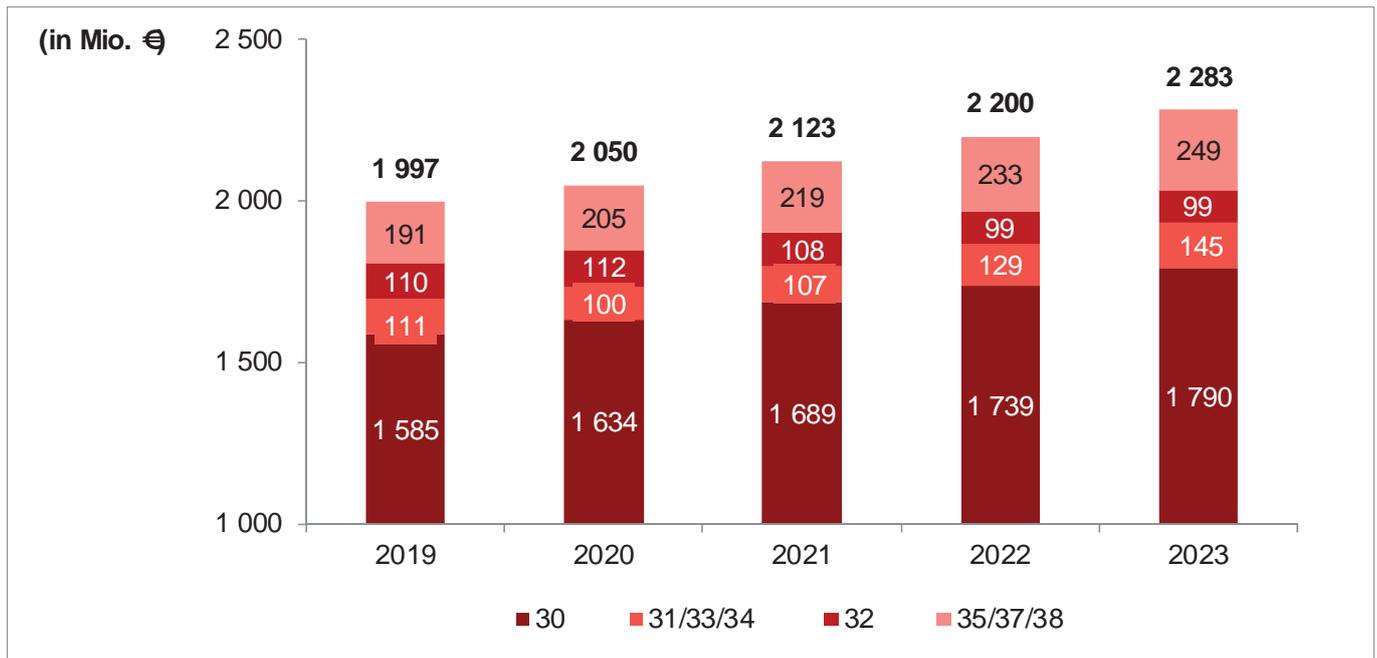
(in Mio. €)	Rechnung	Budget				Voranschläge						
	2017	2018	2019	%	2020	%	2021	%	2022	%	2023	%
Gruppe												
500-509	397	397	414	+4	424	+2	440	+4	452	+3	466	+3
510-511	338	352	354	+1	353	-0	355	+0	357	+0	358	+0
520	5	7	8	+18	8	+0	8	+0	8	-5	7	-8
530-535	1 137	1 108	1 130	+2	1 107	-2	1 100	-1	1 117	+2	1 136	+2
davon IRF	544	465	460		400		360		330		315	
davon NRF (EPA Anteil)	505	555	580		605		620		645		660	
Sonstige	233	280	342	+22	361	+6	381	+5	400	+5	420	+5
INSGESAMT	2 110	2 144	2 248	+5	2 253	+0	2 284	+1	2 334	+2	2 387	+2

Die erwarteten Einnahmen aus Anmeldung und Recherche (Gruppen 500 - 509) werden gegenüber 2018 voraussichtlich um 17 Mio. € im Jahr 2019 zunehmen. Die Einnahmen aus Prüfung, Erteilung und Einspruch (Gruppen 510 - 511) werden 2019 gegenüber dem Vorjahr geringfügig um 2 Mio. € zunehmen.

Die Einnahmen aus Benennungs- und Jahresgebühren (Gruppen 530 - 535) werden 2019 voraussichtlich um 22 Mio. € steigen. Die laufenden Produktivitätsanstrengungen des Amtes werden dazu beitragen, den anhängigen Bestand zu verringern, während weitere Anstrengungen hinsichtlich Qualität und Pünktlichkeit darauf abzielen, die durchschnittliche Anhängigkeitsdauer von Anmeldungen zu verkürzen und den Bestand der beim EPA anhängigen Anmeldungen zu "verjüngen". Infolgedessen ist damit zu rechnen, dass die Jahresgebühreneinnahmen für Anmeldungen zurückgehen und die für erteilte Patente steigen werden. Die Einnahmen aus Jahresgebühren für Patentanmeldungen werden für 2019 mit 460 Mio. € veranschlagt und werden bis 2023 weiter auf rund 315 Mio. € zurückgehen, während die höhere Zahl von Erteilungen zu höheren Einnahmen aus Jahresgebühren für erteilte Patente führen wird. Der Anteil des EPA an den Jahresgebühren für erteilte Patente beläuft sich 2019 auf 580 Mio. € und wird bis 2023 voraussichtlich auf 660 Mio. € steigen; dies entspricht einem Anstieg um 80 Mio. € innerhalb von 5 Jahren. Dabei ist jedoch zu betonen, dass die Prognosen für die Betriebseinnahmen auf einer Extrapolation des derzeit beobachteten Anmeldeverhaltens basieren.

Die sonstigen betrieblichen Einnahmen steigen um 62 Mio. € von 280 Mio. € im Jahr 2018 auf 342 Mio. € im Jahr 2019; Grund dafür sind im Wesentlichen die potenziellen realisierten Gewinne aus Finanzinvestitionen, die von 47 Mio. € im Budget 2018 auf 107 Mio. € im Budget 2019 steigen. Dieser Anstieg ergibt sich aus dem Abschluss der Übertragung des bisherigen Barmittel-Portfolios in den EPOTIF bis Ende 2018. Der für 2018 veranschlagte Betrag (47 Mio. €) berücksichtigte eine prognostizierte Rendite von 3,5 % des EPOTIF-Portfolios im zweiten Halbjahr 2018. Da der EPOTIF ab Dezember 2018 vollständig eingeführt sein wird, spiegeln die veranschlagten realisierten Gewinne und Verluste aus der Veräußerung von EPOTIF-Anteilen die erhöhte potenzielle Volatilität des Finanzergebnisses wider.

b) Budgetäre Betriebsausgaben



(in Mio. €)	Rechnung	Budget				Voranschläge							
		2017	2018	2019	%	2020	%	2021	%	2022	%	2023	%
Kapitel													
30	1 442	1 548	1 585	+2	1 634	+3	1 689	+3	1 739	+3	1 790	+3	
31/33/34	64	101	111	+10	100	-10	107	+7	129	+21	145	+12	
32	101	123	110	-10	112	+2	108	-3	99	-9	99	+0	
35/37/38	62	102	191	+89	205	+7	219	+7	233	+6	249	+7	
INSGESAMT	1 668	1 873	1 997	+7	2 050	+3	2 123	+4	2 200	+4	2 283	+4	

Gegenüber dem Budget 2018 steigen die Gesamtbetriebsausgaben um 124 Mio. € (+7 %).

Die Personalkosten (Kap. 30) steigen gegenüber 2018 um 37 Mio. € (+2,4 %). Der moderate Anstieg der Grundgehaltsausgaben (ohne interne Steuer) um 19 Mio. € wird durch vier Elemente bestimmt:

- erstens durch den sich aus dem Gehaltsanpassungsverfahren ergebenden Inflationsausgleich der Gehälter, der zum 1. Juli 2019 mit 2,5 % angesetzt wurde;
- zweitens durch die Auswirkungen von Laufbahnentwicklung und Bonuszahlungen, die für die Zwecke der Planung weiterhin mit 3 % veranschlagt werden;
- drittens durch die Einbeziehung von früheren nicht verlängerbaren Verträgen gemäß der Modernisierung des Beschäftigungsrahmens, die unter den Grundgehaltsausgaben (Art. 3000) ausgewiesen sind; bisher wurden die entsprechenden Ausgaben unter Art. 3010 (Bezüge der sonstigen Bediensteten) ausgewiesen;
- viertens durch den Rückgang der Personalkosten 2019, der die Steigerungen bei den drei vorstehenden Elementen ausgleicht und hauptsächlich bedingt ist durch die Gehaltsunterschiede zwischen pensionierten und neu eingestellten Bediensteten sowie durch überarbeitete Parameter für das Timing bei der Besetzung offener Stellen.

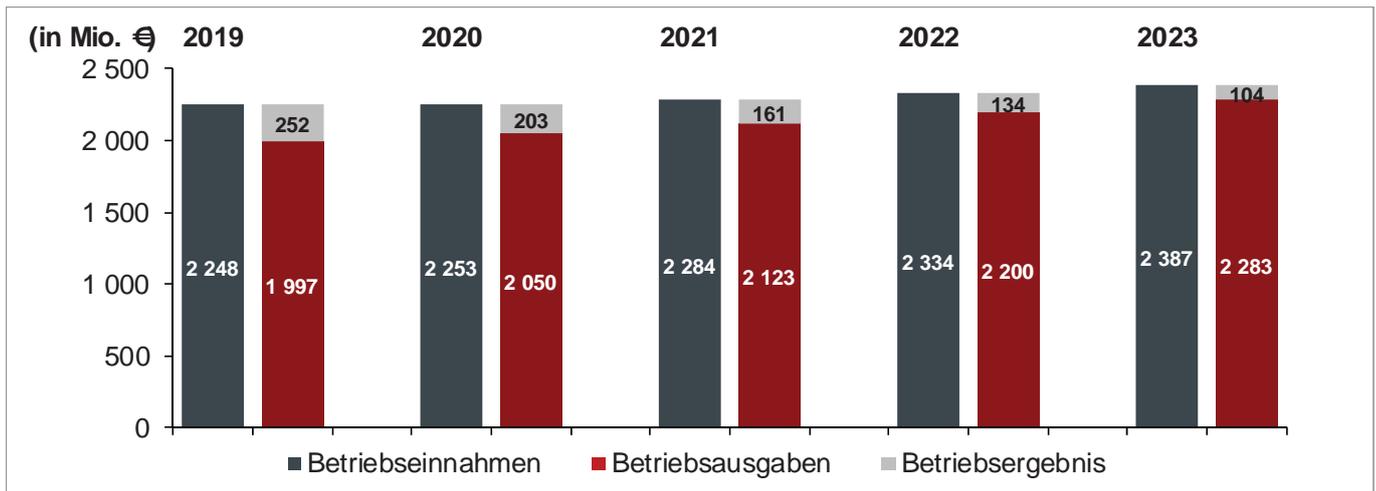
Innerhalb von Kapitel 30 steigen die vom Budget des Amts gedeckten Ausgaben für die steuerliche Anpassung um 6 Mio. €, was durch die höhere Zahl von Ruhegehaltsempfängern im Jahr 2019 bedingt ist. Diese Verpflichtung sowie die Verbindlichkeiten in Bezug auf Familienzulagen für Ruhegehaltsempfänger werden nicht vom Versorgungs- und Sozialversicherungssystem finanziert, sondern vom Amt übernommen.

Der Anstieg unter den Kapiteln 31/33/34 ist vor allem durch höhere Ausgaben für die Instandhaltung von Immobilien und Geräten bedingt, insbesondere die Haushaltsvoranschläge für die Optimierung der technischen Anlagen der Gebäude in München in Höhe von 28 Mio. €; die Haushaltsansätze für andere Projekte werden 2018 parallel zum Abschluss des Projekts New Main reduziert. Kapitel 31 umfasst Haushaltsvoranschläge in Höhe von 20 Mio. € für die Fertigstellung von New Main einschließlich Abbriss des alten Hauptgebäudes und Gestaltung der Außenanlagen, die beide für 2019 geplant sind.

Der Rückgang der IT-Betriebsausgaben (Kap. 32) um 13 Mio. € ist auf eine Anpassung der Budgetansätze an die Kapazität der IT-Organisation zurückzuführen.

Der Anstieg der anderen Ausgaben (Kap. 35/37/38) um 89 Mio. € ist vor allem durch die überarbeiteten Schätzungen in Bezug auf den Umfang und die Anlagenverteilung des EPOTIF-Portfolios bedingt (die Haushaltsansätze für potenzielle realisierte Verluste des EPOTIF belaufen sich im Budget 2019 auf 107 Mio. €).

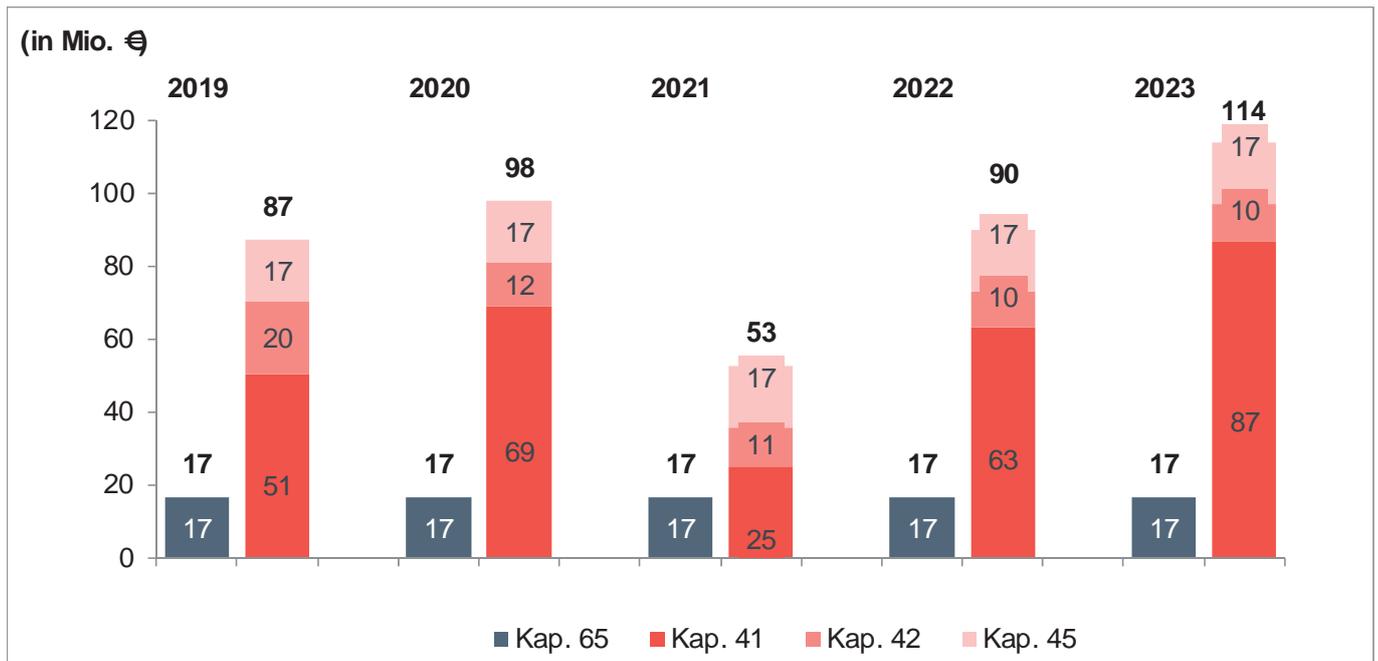
c) Budgetäres Betriebsergebnis



(in Mio. €)	Rechnung	Budget			Voranschläge		
	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023
Betriebseinnahmen	2 110	2 144	2 248	2 253	2 284	2 334	2 387
Betriebsausgaben	1 668	1 873	1 997	2 050	2 123	2 200	2 283
Betriebsergebnis	442	271	252	203	161	134	104

Das Betriebsergebnis ist die Differenz zwischen den Betriebseinnahmen und den Betriebsausgaben. Für das Jahr 2019 wird es gegenüber dem Vorjahr um 19 Mio. € niedriger veranschlagt.

d) Budgetäre Kapitaleinnahmen und -ausgaben



(in Mio. €)	Rechnung	Budget				Voranschläge						
		2017	2018	2019	%	2020	%	2021	%	2022	%	2023
Kapitaleinnahmen												
Kap. 65	17	17	17	+0	17	+0	17	+0	17	+0	17	+0
Kapitalausgaben												
Kap. 41	97	77	51	-34	69	+37	25	-64	63	+153	87	+38
Kap. 42	18	24	20	-17	12	-40	11	-8	10	-9	10	+0
Kap. 45	17	17	17	+0	17	+0	17	+0	17	+0	17	+0
INSGESAMT	132	117	87	-26	98	+12	53	-46	90	+71	114	+27
Kapitalergebnis	-115	-101	-71	-30	-81	+15	-36	-56	-73	+103	-97	+33

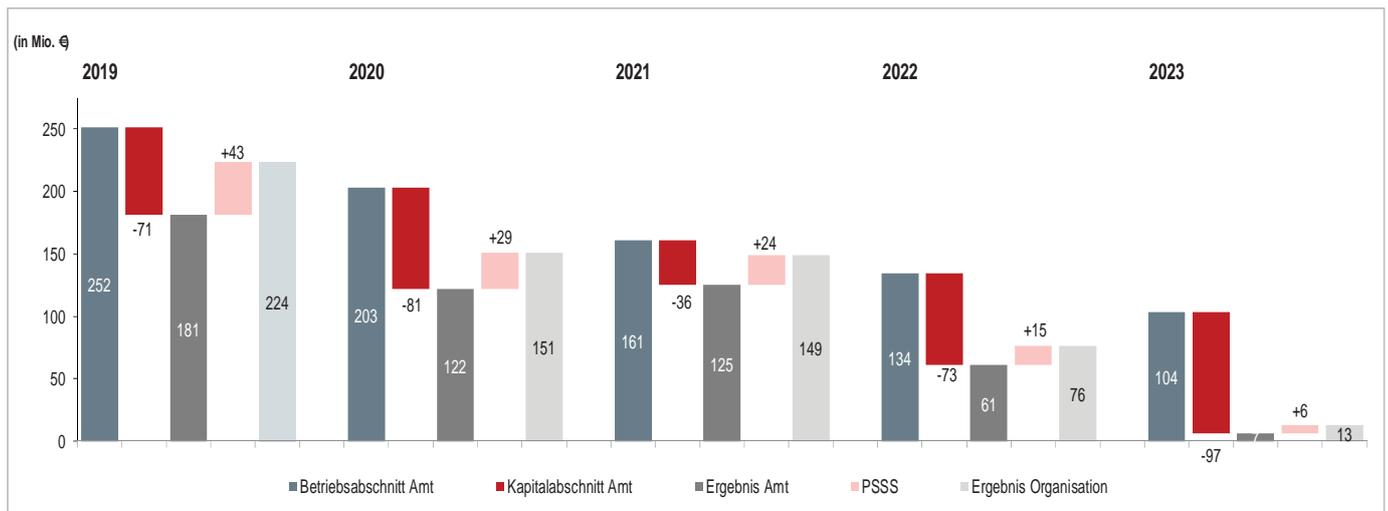
Die budgetären Kapitaleinnahmen (Kap. 65) umfassen lediglich Tilgungsleistungen von Bediensteten für Baudarlehen, die der Höhe des Betrags der erwarteten gewährten Baudarlehen entsprechen (Kapitalausgaben, Kap. 45).

Das Kapitalergebnis wird sich voraussichtlich um 30 Mio. € verbessern, der Fertigstellung des Projektes New Main folgend, für das Budgetansätze für Kapitalausgaben in Kapitel 41 enthalten sind. Sie belaufen sich auf 7 Mio. € und betreffen die letzten Zahlungsmeilensteine für dieses Projekt. Die Kapitalausgaben bis 2023 sind im Wesentlichen durch zusätzlichen Investitionsbedarf bei den Gebäuden in Den Haag bedingt.

Der Rückgang der Kapitalausgaben für IT unter Kapitel 42 ist auf den Abschluss der IT-Roadmap zurückzuführen, für die im Budget 2018 Haushaltsvoranschläge enthalten waren. 2019 sind 7 Mio. € für den Patenterteilungsprozess, 7 Mio. € für Leistungen im Bereich Wissensmanagement und 6 Mio. € für Datenzentren veranschlagt, insgesamt also 20 Mio. €.

e) Gesamtergebnisse des Bewilligungshaushalts für das Amt und die Organisation

Das Haushaltsergebnis insgesamt für den Betrachtungszeitraum lautet wie folgt:



(in Mio. €)	Rechnung	Budget		Voranschläge			
	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023
Betriebsabschnitt Amt	442	271	252	203	161	134	104
Kapitalabschnitt Amt	-115	-101	-71	-81	-36	-73	-97
Ergebnis Amt	327	170	181	122	125	61	7
PSSS	76	64	43	29	24	15	6
Ergebnis Organisation	403	235	224	151	149	76	13

Das Gesamtergebnis für die Organisation im Jahr 2019 wird auf 224 Mio. € veranschlagt, ein Rückgang gegenüber dem Budget 2018 um 11 Mio. € (-4,7 %).

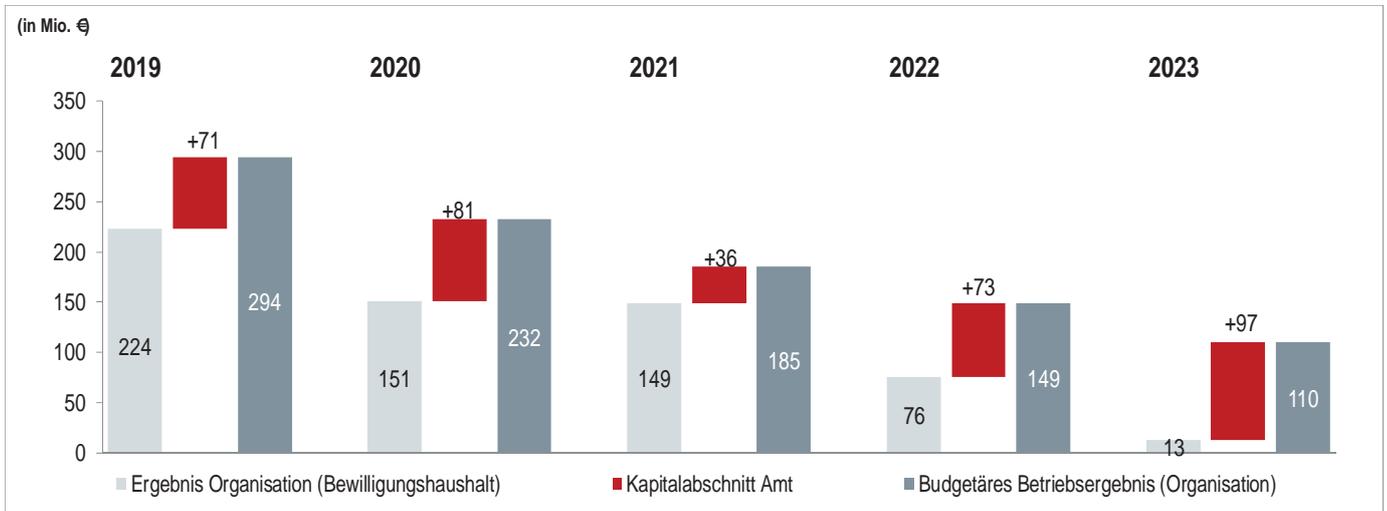
Das Ergebnis des Betriebsabschnitts Amt ist vor allem auf einen leichten Anstieg bei den Verfahrensgebühren und eine teilweise Verlagerung auf der Einnahmenseite von Jahresgebühren für Patentanmeldungen zu Jahresgebühren für erteilte Patente zurückzuführen. Die Aussetzung der zweijährlichen inflationsbedingten Gebührenanpassung in den Jahren 2018/2020/2022 und die PCT-Strategie, weitere Gebühren zu senken, führen zu einer Verringerung des Ergebnisses des Amtes im Planungszeitraum. Auf der Ausgabenseite wird der Anstieg durch Personalkosten bedingt, die um durchschnittlich 3 % jährlich steigen. Folglich wird das Gesamtergebnis des Betriebsabschnitts Amt im Planungszeitraum voraussichtlich zurückgehen.

Die Entwicklung des Kapitalabschnitts Amt wird im Planungszeitraum von Investitionen in Gebäuden beherrscht. Mit Abschluss des Projekts New Main werden die Kapitalausgaben 2019 gegenüber dem Vorjahr zurückgehen und zu einer Verbesserung des Kapitalabschnitts Amt führen. 2020 werden Renovierungsprojekte im Hinblick auf ein transparentes und modernes Arbeitsumfeld in München und geplante Gebäudeinvestitionen in Den Haag im späteren Planungszeitraum zu weiteren Rückgängen führen.

Da die Zahl der Ruhegehaltsempfänger im Planungszeitraum ansteigen dürfte, wird das Ergebnis des Versorgungs- und Sozialversicherungssystems zwischen 2019 und 2023 gegenüber 2018 voraussichtlich zurückgehen.

f) Grundlage für den Übergang vom Bewilligungshaushalt zu IFRS

Die Grundlage für den Übergang vom Bewilligungshaushalt zur Darstellung der Ergebnisse gemäß IFRS bildet das Gesamtergebnis des Bewilligungshaushalts der Organisation. Dieses Ergebnis wird um Kapitalbewegungen bereinigt, die für die IFRS nicht relevant sind, um das budgetäre Betriebsergebnis (Organisation) zu ermitteln.



Grundlage für den Übergang von Bewilligungshaushalt zu IFRS (in Mio. €)	Rechnung	Budget		Voranschläge			
	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023
Ergebnis Organisation (Bewilligungshaushalt)	403	235	224	151	149	76	13
Neutralisierung Kapitalbewegungen Amt - Kapitalabschnitt Amt	115	101	71	81	36	73	97
Budgetäres Betriebsergebnis (Organisation)	518	335	294	232	185	149	110

E. BUDGETÜBERSICHT NACH ORGANISATIONSEINHEIT / PERFORMANCE BUDGET

Die Budgetübersicht nach Organisationseinheit / Performance Budget orientiert sich am Zweck der Haushaltsmittel im Betriebs- und Kapitalabschnitt des Hauptbudgets (Perspektive der anvertrauten Finanzmittel).

EPA Budget 2019								
	Insgesamt 2019	GD 0	GD 1	GD 4	DG 5	BK	EPS	Nicht zugeordnet
		Management	Patent- erteilungs- prozess	Allgemeine Dienste	Recht/ Internationale Angelegen- heiten	Beschwerde- kammern	Einheitlicher Patentschutz	
Personalbestand - Planstellen								
Stellengruppe 1-4	5 549	110	4 688	404	131	216	0	0
Stellengruppe 5-6	1 526	71	812	477	122	44	0	0
Insgesamt	7 075	181	5 500	881	253	260	0	0
Betriebsabschnitt - Ausgaben in 1 000 €								
Ka./Grp.								
Personal								
300 Grundgehälter und Zulagen, interne Steuer	1 528 880	22 230	1 033 215	146 155	46 025	64 235	0	217 020
301-305 Andere (einschl. NRCs, Fortbildung, Schulen)	55 845	575	7 125	46 545	395	390	0	815
31 Instandhaltung von Immobilien und Geräten	67 150	0	0	67 150	0	0	0	0
32 IT Betriebsausgaben	110 000	0	0	110 000	0	0	0	0
33 Zusammenarbeit und Sitzungen	23 660	15	190	2 240	19 625	0	485	1 105
34 Patentinformation und Öffentlichkeitsarbeit	19 900	8 450	6 425	835	4 165	25	0	0
35 Allgemeine Betriebsausgaben	84 240	7 305	11 865	60 370	4 240	460	0	0
37 Von Dritten finanzierte Projektausgaben	135	0	35	0	100	0	0	0
38 Finanzausgaben	107 100	0	0	107 100	0	0	0	0
30-38 Betriebsabschnitt Ausgaben insgesamt	1 996 910	38 575	1 058 855	541 210	74 550	65 110	485	218 125
Betriebsabschnitt - Einnahmen in 1 000 €								
Ka./Grp.								
500 Einnahmen aus Anmeldung und Recherche (EPC)	222 640	0	222 640	0	0	0	0	0
501 Einnahmen aus Anmeldung und Recherche (PCT)	125 980	0	125 980	0	0	0	0	0
509 Einnahmen sonstige Rechercharbeiten	65 110	0	65 110	0	0	0	0	0
510 Einnahmen aus Prüfung, Erteilung und Einspruch (EPC)	339 665	0	339 665	0	0	0	0	0
511 Einnahmen aus Prüfung (PCT)	14 670	0	14 670	0	0	0	0	0
52 Beschwerdegebühren	8 290	0	0	0	0	8 290	0	0
530 Benennung und Jahresgebühren (EPC)	1 125 575	0	0	0	0	0	0	1 125 575
532 Jahresgebühren (EPS)	2 830	0	0	0	0	0	2 830	0
535 Erstreckungs- und Validierungsgebühren	1 460	0	0	0	0	0	0	1 460
540 Patentinformationsprodukte	7 710	0	0	0	7 710	0	0	0
55 Allgemeine Betriebseinnahmen, interne Steuer	225 785	0	3 800	1 780	2 300	20	0	217 885
57 Projektfinanzierung durch Dritte	135	0	35	0	100	0	0	0
58 Finanzeinnahmen	108 600	0	0	108 600	0	0	0	0
50-58 Betriebsabschnitt Einnahmen insgesamt	2 248 450	0	771 900	110 380	10 110	8 310	2 830	1 344 920
Betriebsergebnis insgesamt	251 540	-38 575	-286 955	-430 830	-64 440	-56 800	2 345	1 126 795
Kapitalabschnitt in €1 000 €								
Kapitalabschnitt Ausgaben insgesamt	87 335	0	0	87 335	0	0	0	0
Kapitalabschnitt Einnahmen insgesamt	16 800	0	0	16 800	0	0	0	0
Kapitalergebnis insgesamt	-70 535	0	0	-70 535	0	0	0	0
Ergebnis Amt	181 005	-38 575	-286 955	-501 365	-64 440	-56 800	2 345	1 126 795
Referenzen zu Unit Cost Produkten								
		GD 0	GD 1	GD 4	GD 5	BK	EPS	Nicht zugeordnet
Produktname	-	-	1. Eingang 2. Recherche 3. Prüfung 4. Einspruch	-	6. Patent- information /Veröffentlichung 7. Technische Zusammenarbeit 8. Europäische Patentakademie	5. Beschwerde	-	-

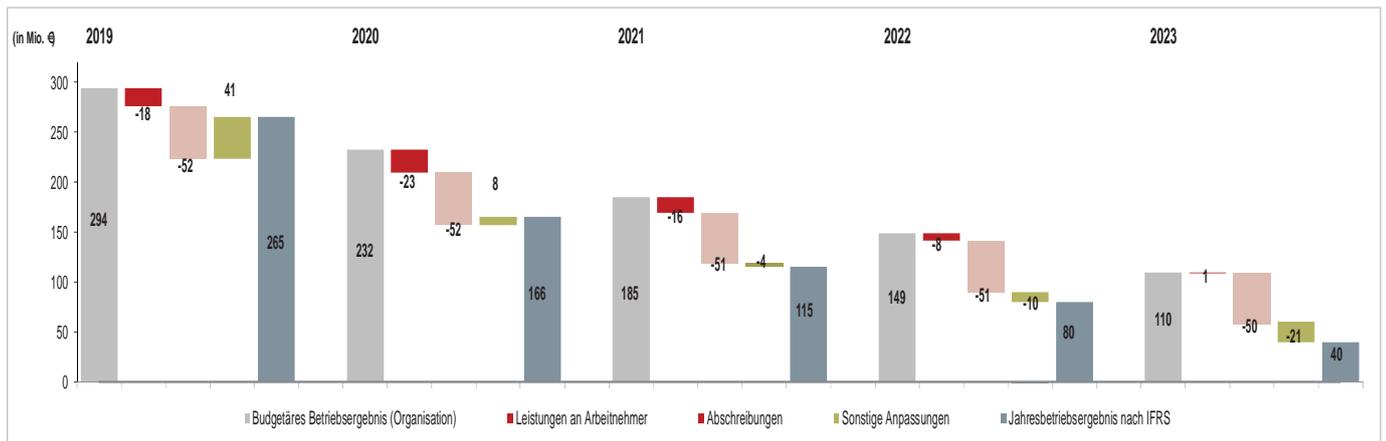
F. PLAN-JAHRESABSCHLUSS GEMÄSS IFRS

a) Gesamtergebnisrechnung

Betriebsergebnis

Die Plan-Gesamtergebnisrechnung ist vom Bewilligungshaushalt der Organisation (Betriebsergebnis) mit folgenden Anpassungen abgeleitet:

- Leistungen an Arbeitnehmer: Die Beiträge zum Versorgungs- und Sozialversicherungssystem werden durch den laufenden und nachzuverrechnenden Dienstzeitaufwand für leistungsorientierte Verpflichtungen sowie den Dienstzeitaufwand für den Gehaltssparplan ersetzt. Weitere Anpassungen betreffen Unterschiede bei den gezahlten Leistungen sowie Änderungen bei den Rückstellungen für nicht genommenen Urlaub und Personalaufwendungen für Baudarlehen.
- Es werden Abschreibungen für Anlagevermögen aufgenommen.
- Andere Anpassungen betreffen die zeitliche Abgrenzung bei der Erfassung von Verfahrensgebühren (Unterschied zwischen Eröffnungs- und Schlussbilanz bei vorab entrichteten Gebühren), die Erfassung intern entwickelter immaterieller Vermögenswerte, Anpassungen beim Finanzierungsleasing und Verlagerungen von Einnahmen und Ausgaben zwischen Betriebs- und Finanzergebnis, die in Bewilligungshaushalt und IFRS unterschiedlich behandelt werden.



Übergang von Bewilligungshaushalt zu IFRS (in Mio. €)	Budget / Plan		Voranschläge / Plan			
	2018	2019	2020	2021	2022	2023
Budgetäres Betriebsergebnis (Organisation)	335	294	232	185	149	110
Leistungen an Arbeitnehmer	-52	-18	-23	-16	-8	1
Abschreibungen	-48	-52	-52	-51	-51	-50
Sonstige Anpassungen	-79	41	8	-4	-10	-21
Jahresbetriebsergebnis nach IFRS	157	265	166	115	80	40

Das Betriebsergebnis gemäß IFRS umfasst Folgendes:

(in Mio. €)	Budget / Plan		Voranschläge / Plan			
	2018	2019	2020	2021	2022	2023
Betriebseinnahmen	1 898	2 006	1 937	1 918	1 913	1 913
Personalaufwand	-1 386	-1 385	-1 433	-1 473	-1 510	-1 545
Abschreibungen	-48	-52	-52	-51	-51	-50
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-309	-304	-286	-279	-272	-278
Jahresbetriebsergebnis nach IFRS	157	265	166	115	80	40

Die Betriebseinnahmen 2019 werden gegenüber dem Plan 2018 voraussichtlich um 108 Mio. € zunehmen, was vor allem auf eine höhere Produktion zurückzuführen ist. Die Entwicklung bis 2023 spiegelt die Einführung von Early Certainty sowie die kontinuierlichen Bemühungen des Amts um eine Verbesserung von Qualität und Effizienz wider. Das EPA führt derzeit den neuen Standard zur Erfassung von Umsatzerlösen, IFRS 15 (Erlöse aus Verträgen mit Kunden) ein. In den IFRS-Voranschlägen 2019 – 2023 sind die derzeit erwarteten Auswirkungen auf Erträge und Eigenkapital bereits berücksichtigt.

Der Personalaufwand ist im Jahr 2019 im Vergleich zu 2018 konstant (leichter Rückgang um 1 Mio. €), was vor allem durch eine Neubewertung des laufenden Dienstzeitaufwands bedingt ist, der die Schätzungen des Internationalen Diensts für Gehälter und Pensionen der OECD (ISRP) zugrunde liegen. Wie in den Vorjahren auch hat der ISRP Schätzungen für die leistungsorientierte Verpflichtung (Defined Benefit Obligations - DBO) bereitgestellt. Das Amt hat bei der Aufstellung des Plans für 2019 und der Voranschläge 2020 – 2023 den schon in den Budgets seit 2012 verwendeten pauschalen Abzinsungssatz von 5 % zugrunde gelegt.

Das Betriebsergebnis für 2019 ist mit 265 Mio. € positiv und liegt um 108 Mio. € über dem prognostizierten Betriebsergebnis für 2018.

Finanzergebnis

Das Finanzergebnis gemäß IFRS umfasst Folgendes:

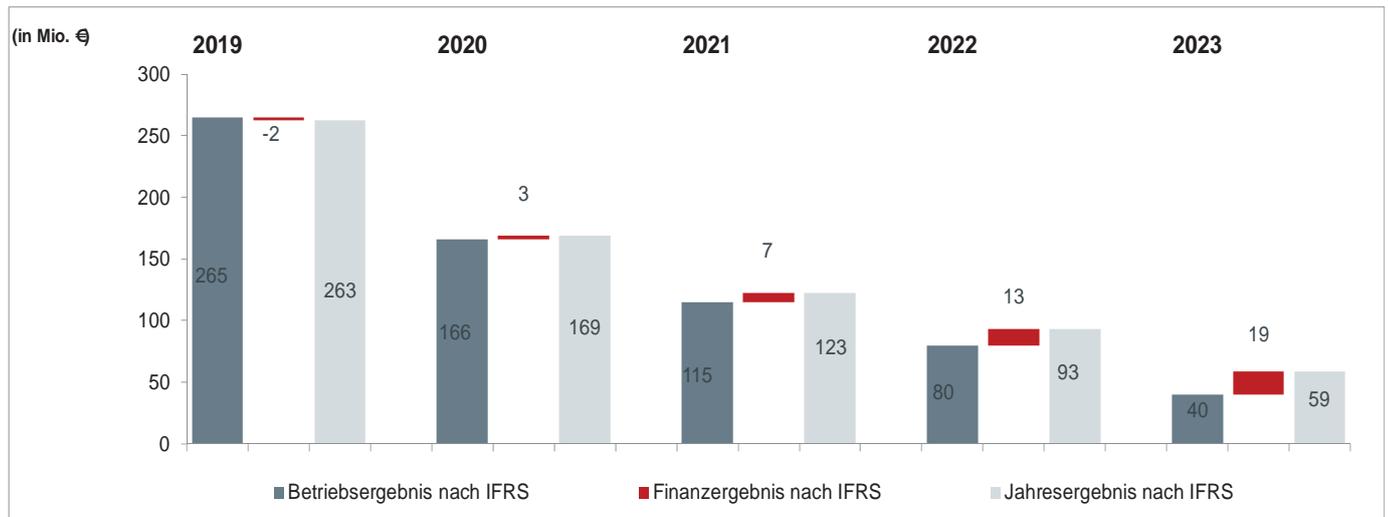
Zusammensetzung des Finanzergebnisses (in Mio. €)	Budget / Plan		Voranschläge / Plan			
	2018	2019	2020	2021	2022	2023
EPOTIF	38	99	111	123	135	147
RFPSS	429	451	475	500	527	556
Zinsaufwand leistungsorientierte Verpflichtungen	-515	-554	-585	-617	-651	-685
Sonstiges Finanzergebnis	1	1	2	2	2	1
Finanzjahresergebnis nach IFRS	-46	-2	3	7	13	19

Das Finanzergebnis spiegelt hauptsächlich die mit dem Zinsaufwand für die leistungsorientierten Verpflichtungen verrechneten erwarteten Erträge aus dem RFPSS- und dem EPOTIF-Vermögen wider.

Der Beitrag des EPOTIF zum Finanzergebnis wird mit rund 100 Mio. € jährlich veranschlagt, was der erwarteten langfristigen Performance der Anlagen (4 %) entspricht. Das tatsächliche Finanzergebnis bleibt weiterhin höchst volatil, weil es von der Entwicklung der Finanzmärkte abhängig ist.

Jahresgesamtergebnis nach IFRS

Die prognostizierten Ergebnisse der Organisation gemäß IFRS sind im Folgenden nach Betriebs- und Finanzergebnis der Organisation aufgeschlüsselt.



(in Mio. €)	Budget / Plan		Voranschläge / Plan			
	2018	2019	2020	2021	2022	2023
Betriebsergebnis nach IFRS	157	265	166	115	80	40
Finanzergebnis nach IFRS	-46	-2	3	7	13	19
Jahresergebnis nach IFRS	111	263	169	123	93	59
Sonstiges Jahresgesamtergebnis nach IFRS	-	-	-	-	-	-
Jahresgesamtergebnis nach IFRS	111	263	169	123	93	59

Das erwartete Ergebnis nach IFRS für das Jahr 2019 beträgt 263 Mio. €, eine Verbesserung um 152 Mio. € gegenüber dem Budget 2018.

Da das sonstige Jahresgesamtergebnis vor allem von Schwankungen auf den Finanzmärkten beeinflusst wird, wird hier kein Wert veranschlagt.

Das Jahresgesamtergebnis entspricht daher dem veranschlagten Jahresergebnis nach IFRS.

b) Bilanz gemäß IFRS

(in Mio. €)	Budget / Plan		Voranschläge / Plan			
	01.01.2019	31.12.2019	2020	2021	2022	2023
Anlagevermögen	750	768	797	783	805	852
RFPSS Nettovermögen	8 587	9 046	9 528	10 039	10 579	11 150
Liquidität	0	15	15	15	15	15
EPOTIF	2 566	2 878	3 126	3 399	3 617	3 801
Sonstige Vermögenswerte	352	384	422	461	508	553
SUMME AKTIVA	12 255	13 092	13 888	14 697	15 523	16 370
Eigenkapital	-258	5	174	296	389	448
Leistungsorientierte Verpflichtung	11 038	11 661	12 303	12 975	13 675	14 404
Vorab entrichtete Gebühren	981	903	868	848	844	860
Sonstige Verbindlichkeiten	494	522	543	577	615	659
SUMME PASSIVA	12 255	13 092	13 888	14 697	15 523	16 370

Aktiva

Anlagevermögen

Das Anlagevermögen der EPO (Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte) wird 2019 infolge der Investitionen nach Abschluss der Gebäudeinvestitionen für den Neubau in Den Haag sowie der Aktivierung immaterieller Vermögenswerte im Zusammenhang mit der IT-Roadmap leicht wachsen. Der Anstieg des Anlagevermögens bis 2023 ist überwiegend auf Investitionen in Gebäude sowie auf Verbesserungsprojekte für die Gebäudelandschaft in München und Den Haag zurückzuführen.

RFPSS-Nettovermögen

Für die Vermögenswerte der RFPSS wird ein Wachstum von jährlich im Schnitt 5,4 % prognostiziert, sodass sie 2023 etwa 11 150 Mio. € erreichen. Beim Wachstum der RFPSS-Vermögenswerte werden die mit den gezahlten Leistungen verrechneten Beiträge zum Versorgungssystem und zur Krankenversicherung sowie die erwarteten Erträge von 5,25 % berücksichtigt. Außerdem wurde eine Mittelübertragung in Höhe von 200 Mio. € im letzten Quartal 2018 veranschlagt.

EPOTIF

Nach der Überarbeitung der Anlagerichtlinien sind die Vermögenswerte des EPOTIF in der Bilanz nun als gesonderter Posten erfasst; bis 2018 wurden die vom Amt im Rahmen der Liquiditätsverwaltung erworbenen Anlagen als Anleihen und Barmittel ausgewiesen. Die Entwicklung des EPOTIF-Portfolios ist im wesentlichen von der erwarteten Rendite von 4,0 % abzüglich Verwaltungsgebühren und den systematischen Barmittelübertragungen in den EPOTIF abhängig.

Liquidität

Die Liquidität setzt sich zusammen aus Zahlungsmitteln und Zahlungsmitteläquivalenten, die nach IFRS bewertet werden. Bei der geringen Höhe der verbleibenden Liquidität des Amts sind die voraussichtlichen systematischen Mittelübertragungen aus der Liquidität des Amts in den EPOTIF berücksichtigt.

Sonstige Vermögenswerte

Es wird erwartet, dass die sonstigen Vermögenswerte in den Jahren 2019 bis 2023 aufgrund des Zuwachses bei Forderungen aus Lieferungen und Leistungen und sonstigen Forderungen sowie bei den Vermögenswerten im Gehaltssparplan zunehmen werden.

Passiva

Eigenkapital

Die Eigenkapitalposition in Höhe von 5 Mio. € im Jahr 2019 wird sich voraussichtlich fortlaufend verbessern und sich im Jahr 2023 auf 448 Mio. € belaufen.

Zu beachten ist, dass sich das standardisierte negative Eigenkapital zu Beginn 2019 auf -258 Mio. € belaufen wird und damit weniger negativ ist als am Ende des letzten abgeschlossenen Geschäftsjahrs (31.12.2017: -10 866 Mio. €). Diese Abweichung wird vor allem durch die Differenz zwischen dem angenommenen Abzinsungssatz von 5 % für die leistungsorientierte Verpflichtung (mit den Ruhegehältern als größtem Posten) und dem tatsächlichen Abzinsungssatz am Jahresende 2017 (z. B. 1,71 % für die Ruhegehälter) verursacht.

Die Volatilität des Abzinsungssatzes kombiniert mit der hohen Sensitivität, mit der die Bewertung der Verbindlichkeiten auf Änderungen des Abzinsungssatzes reagiert, kann zumindest kurzfristig zu extremen Fluktuationen des Istwerts der Verbindlichkeiten und damit des negativen Eigenkapitals führen. Die zuvor gezeigte Tabelle soll daher in erster Linie die erwartete jährliche Entwicklung des Eigenkapitals auf einer vergleichbaren Grundlage aufzeigen und nicht dem Vergleich zwischen Prognosen und Istwerten dienen.

Leistungsorientierte Verpflichtung

Für den gesamten Planungszeitraum wurde ein standardisierter Abzinsungssatz von 5 % angewandt. Es wird davon ausgegangen, dass die leistungsorientierte Verpflichtung um durchschnittlich 5,4 % pro Jahr zunimmt, was dem Wachstum des RFPSS-Vermögens entspricht. Die leistungsorientierten Verpflichtungen werden sich im Jahr 2023 voraussichtlich auf 14 404 Mio. € belaufen.

Vorab entrichtete Gebühren

Die vorab entrichteten Gebühren (kurzfristig und langfristig) gehen im Planungszeitraum um 43 Mio € (-5 %) zurück, was der Entwicklungsprognose der anhängigen Anmeldungen im Rahmen von "Early Certainty" und den Effizienzgewinnen im Patenterteilungsprozess der letzten Jahre entspricht.

Sonstige Verbindlichkeiten

Die Zunahme der sonstigen Verbindlichkeiten (kurzfristig und langfristig) resultiert im Wesentlichen aus den höheren Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen und sonstigen Verbindlichkeiten sowie der höheren Verpflichtung aus dem Gehaltssparplan. Das Gewicht des Gehaltssparplans ist auf der Aktiv- wie auf der Passivseite im Planungszeitraum mit 250 Mio. € oder 1,7 % der leistungsorientierten Verpflichtung Ende 2023 nach wie vor niedrig.

Künftige Jahresgebühren für europäische und einheitliche Patente sowie Kostenüberhang der nicht abgeschlossenen Arbeiten

(in Mio. €)	Budget / Plan		Voranschläge / Plan			
	2018	2019	2020	2021	2022	2023
Nettobarwert der Jahresgebühren	3 600	4 000	4 300	4 500	4 700	4 900
Kostenüberhang der nicht abgeschlossenen Arbeiten	-800	-710	-680	-650	-640	-610

Der Nettobarwert künftiger Jahresgebühren für europäische und Einheitspatente wird in der Bilanz der Organisation nicht aktiviert, da seitens der Patentinhaber keine Verpflichtung besteht, ihre Patente Jahr für Jahr weiter aufrechtzuerhalten. Diese Gebühren gehen daher nicht in die Bilanz nach IFRS ein, sondern erscheinen lediglich zu Informationszwecken in einer Anhangsangabe zur Jahresrechnung.

Ein weiterer Posten, der nicht in die Bilanz gemäß IFRS eingeht, sind die Kosten nicht abgeschlossener Arbeiten, die über vorab entrichtete Gebühren hinausgehen. Trotz der Erfolge der letzten Jahre und der erwarteten weiteren Verbesserungen bei der Produktivität wird davon ausgegangen, dass die Einnahmen aus Verfahrens- und Jahresgebühren für anhängige Anmeldungen die restlichen Kosten für die Erteilung eines Patents nicht decken. Da diese künftigen betrieblichen Verluste nicht den Kriterien einer Verbindlichkeit entsprechen, werden keine Rückstellungen angesetzt. Während der Betrag der vorab entrichteten Gebühren für noch nicht abgeschlossene Arbeiten als Verpflichtung ausgewiesen wird, gilt dies nicht für die über diese entrichteten Gebühren hinausgehenden tatsächlichen Kosten der Durchführung der Arbeiten. Der Kostenüberhang der nicht abgeschlossenen Arbeiten geht im Zeitraum 2019 - 2023 zurück, was zwei Ursachen hat:

- zum einen werden die vorab entrichteten Gebühren für anhängige Anmeldungen entsprechend den "Early-Certainty"-Zielen und den Effizienzgewinnen voraussichtlich zurückgehen,
- zum anderen wird die erwartete Produktivitätssteigerung zu einer Reduzierung der erwarteten nicht durch die Verfahrensgebühren gedeckten Kosten führen.

Die obige Tabelle gibt die jeweiligen Zahlen für diese beiden Posten wieder. Bei der Betrachtung dieser Beträge ist jedoch zu berücksichtigen, dass sie sich auf zwei unterschiedliche Bestände beziehen, nämlich die erteilten Patente und die anhängigen Anmeldungen, und sich außerdem in der Struktur des Kapitalflusses unterscheiden. Sie sind somit nicht direkt miteinander vergleichbar und spiegeln auch die künftige Entwicklung der Kosten und Einnahmen nicht vollständig wider. Ausgeklammert bleiben auch die künftigen Jahresgebühren für die anhängigen Patentanmeldungen.

G. ANHANG

1. Bewilligungshaushalt (Organisation)

**ZUSAMMENFASSUNG DER EINNAHMEN UND AUSGABEN
(TEIL I UND II DES BUDGETS)**

in 1 000 €

	EINNAHMEN	AUSGABEN
TEIL I HAUPTBUDGET	2 516 790	2 516 790
TEIL II VERSORGUNGS- UND SOZIALVERSICHERUNGSSYSTEM	383 770	383 770
INSGESAMT	2 900 560	2 900 560
Bereinigung um budgetinterne Zuweisungen:		
TEIL I HAUPTBUDGET		
Abschnitt 1: Betriebsabschnitt		
Beiträge des Amts zum Versorgungs- und Sozialversicherungssystem (Artikel 3002/3)		223 150
Übertrag der Nettoeinnahmen aus dem Betriebshaushalt		251 540
Abschnitt 2: Kapitalabschnitt		
Übertrag der Nettoeinnahmen aus dem Betriebshaushalt (Artikel 6000)	251 540	
TEIL II VERSORGUNGS- UND SOZIALVERSICHERUNGSSYSTEM		
Abschnitt 1: Betriebsabschnitt		
Beiträge des Amts zum Versorgungs- und Sozialversicherungssystem (Artikel 5600-5)	223 150	
Übertrag der Betriebsergebnisse		42 590
Abschnitt 2: Kapitalabschnitt		
Übertrag der Betriebsergebnisse (Artikel 6600)	42 590	
NETTO INSGESAMT	2 383 280	2 383 280

- 2. Bewilligungshaushalt**
- Amt
 - Versorgungs- und Sozialversicherungssystem
 - Amt und Versorgungs- und Sozialversicherungssystem, konsolidiert

BEWILLIGUNGSHAUSHALT (ART. 25 (1) a) FINANZORDNUNG) - AMT
in 1 000 €

Kap. Art.	A U S G A B E N	Rechnung	Budget		Voranschläge			
		2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023
Abschnitt 1: Betriebsabschnitt								
30	Personal	1 442 394	1 547 880	1 584 725	1 634 105	1 688 800	1 739 125	1 790 415
31	Instandhaltung von Immobilien und Geräten	39 325	58 995	67 150	47 535	41 065	42 375	43 425
32	IT - Betriebsausgaben	100 749	122 650	110 000	111 800	108 300	99 000	99 000
33	Zusammenarbeit und Sitzungen	12 129	23 300	23 660	32 115	45 705	66 330	80 410
34	Patentinformation und Kommunikation	12 260	18 490	19 900	20 050	20 315	20 565	20 865
35	Allgemeine Betriebsausgaben	61 378	91 220	84 240	84 545	86 410	87 480	90 980
37	Von Dritten finanzierte Projektausgaben	38	140	135	135	135	135	135
38	Finanzausgaben	117	10 205	107 100	120 100	132 100	145 100	158 100
30-38	Zwischensumme	1 668 391	1 872 880	1 996 910	2 050 385	2 122 830	2 200 110	2 283 330
	<i>Übertrag auf Abschnitt 2</i>							
	Betriebsabschnitt, Überschuss	442 008	271 000	251 540	203 100	161 185	134 385	103 575
	Betriebsabschnitt INSGESAMT	2 110 399	2 143 880	2 248 450	2 253 485	2 284 015	2 334 495	2 386 905
Abschnitt 2: Kapitalabschnitt								
410	Liegenschaften und Gebäude	96 184	71 000	47 785	68 745	24 440	62 610	86 555
411	Mobilien und Geräte	904	5 630	2 750	485	495	510	515
42	IT - Sachanlagen & immaterielle Anlagen	18 292	24 000	20 000	12 000	11 000	10 000	10 000
45	Darlehen und Vorschüsse an Dritte	16 800	16 800	16 800	16 800	16 800	16 800	16 800
49	Bewilligungshaushalt, Überschuss	326 744	170 370	181 005	121 870	125 250	61 265	6 505
	Kapitalabschnitt INSGESAMT	458 924	287 800	268 340	219 900	177 985	151 185	120 375

BEWILLIGUNGSHAUSHALT (ART. 25 (1) a) FINANZORDNUNG) - AMT
in 1 000 €

Kap. Art.	E I N N A H M E N	Rechnung	Budget		Voranschläge			
		2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023
Abschnitt 1: Betriebsabschnitt								
500	Einnahmen aus Anmeldung und Recherche (EPÜ)	201 844	209 440	222 640	229 060	240 355	247 905	256 685
501	Einnahmen aus Anmeldung und Recherche (PCT)	133 446	129 560	125 980	129 385	133 340	136 945	140 765
509	Einnahmen aus sonstigen Recherchenarbeiten	61 583	58 105	65 110	65 110	66 270	67 430	68 595
510	Einnahmen aus Prüfung, Erteilung und Einspruch (EPÜ)	322 711	334 790	339 665	338 425	339 750	341 345	342 335
511	Einnahmen aus Prüfung (PCT)	15 559	17 135	14 670	15 035	15 405	15 770	16 135
52	Beschwerdegebühren	5 247	6 700	8 290	8 290	8 290	7 875	7 255
530	Benennungs- und Jahresgebühren (EPÜ)	1 136 298	1 104 655	1 125 575	1 084 165	1 050 145	1 026 075	1 016 370
532	Jahresgebühren (EPS)	0	2 830	2 830	20 950	48 110	89 270	117 380
535	Erstreckungs- & Validierungsgebühren	284	960	1 460	1 840	1 830	1 820	1 810
540	Patentinformationsprodukte	7 871	8 010	7 710	7 710	7 720	7 720	7 730
55	Allgemeine Betriebseinnahmen	209 584	221 905	225 785	231 780	239 065	245 605	252 110
57	Projektfinanzierung durch Dritte	38	140	135	135	135	135	135
58	Finanzeinnahmen	15 934	49 650	108 600	121 600	133 600	146 600	159 600
50-58	Zwischensumme	2 110 399	2 143 880	2 248 450	2 253 485	2 284 015	2 334 495	2 386 905
Betriebsabschnitt INSGESAMT		2 110 399	2 143 880	2 248 450	2 253 485	2 284 015	2 334 495	2 386 905
Abschnitt 2: Kapitalabschnitt								
60	Betriebsabschnitt, Überschuss	442 008	271 000	251 540	203 100	161 185	134 385	103 575
650	Rückzahlung von dem Personal gewährten Baudarlehen	16 916	16 800	16 800	16 800	16 800	16 800	16 800
Kapitalabschnitt INSGESAMT		458 924	287 800	268 340	219 900	177 985	151 185	120 375

BEWILLIGUNGSHAUSHALT (ART. 25 (1) a) FINANZORDNUNG)
VERSORGUNGS- UND SOZIALVERSICHERUNGSSYSTEM
in 1 000 €

Art.	A U S G A B E N	Rechnung	Budget		Voranschläge			
		2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023
Abschnitt 1: Betriebsabschnitt								
3600	Versorgungsbezüge	178 033	187 000	214 000	230 500	243 500	258 500	276 500
3601	Gehaltssparplan (GSP)	490	1 785	2 900	3 300	3 400	3 900	4 300
3605	Krankenversicherung	68 021	74 070	73 060	76 785	80 695	84 805	89 125
3605	Pflegeversicherung	5 331	5 925	6 080	6 235	6 385	6 545	6 705
3605	Todesfallversicherung	1 254	2 385	2 445	2 505	2 580	2 655	2 745
3605	Leistungen wegen Dienstunfähigkeit, befristet	0	0	105	170	225	300	370
Zwischensumme		253 130	271 165	298 590	319 495	336 785	356 705	379 745
<i>Übertrag auf Abschnitt 2</i>								
Betriebsabschnitt, Überschuss		57 721	64 410	42 590	29 205	23 890	15 025	6 320
Betriebsabschnitt INSGESAMT		310 851	335 575	341 180	348 700	360 675	371 730	386 065
Kap.	Abschnitt 2: Kapitalabschnitt							
46	Überschussübertrag aus dem Versorgungs- und dem Sozialversicherungssystem an die Reservefonds / GSP	57 721	64 410	42 590	29 205	23 890	15 025	6 320
Kapitalabschnitt INSGESAMT		57 721	64 410	42 590	29 205	23 890	15 025	6 320
Abschnitt 1: Betriebsabschnitt								
5600	Versorgungsbeiträge	203 593	215 730	214 825	216 250	222 685	228 430	236 815
5601	Gehaltssparplan (GSP)	13 688	16 725	18 090	20 055	21 315	22 425	23 850
5605	Krankenversicherung	77 758	86 635	90 895	94 345	97 900	101 380	105 115
5605	Pflegeversicherung	14 557	14 100	14 820	15 375	15 970	16 540	17 170
5605	Todesfallversicherung	1 254	2 385	2 445	2 505	2 580	2 655	2 745
5605	Beiträge zur Dienstunfähigkeitsversicherung	0	0	105	170	225	300	370
Betriebsabschnitt INSGESAMT		310 851	335 575	341 180	348 700	360 675	371 730	386 065
Kap.	Abschnitt 2: Kapitalabschnitt							
66	Nettoeinnahmen/Versorgungs- und Sozialversicherungssystem	57 721	64 410	42 590	29 205	23 890	15 025	6 320
Kapitalabschnitt INSGESAMT		57 721	64 410	42 590	29 205	23 890	15 025	6 320

BEWILLIGUNGSHAUSHALT (ART. 25 (1) a) FINANZORDNUNG)
AMT / VERSORGUNGS- UND SOZIALVERSICHERUNGSSYSTEM
 BEWILLIGUNGSHAUSHALT (ART. 25 (1) a) FINANZORDNUNG)
 in 1 000 €

Kap.	A U S G A B E N	Budget						
		Rechnung 2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023
Abschnitt 1: Betriebsabschnitt								
30	Personal	1 239 279	1 331 770	1 361 575	1 403 985	1 450 735	1 493 740	1 537 520
31	Instandhaltung von Immobilien und Geräten	39 325	58 995	67 150	47 535	41 065	42 375	43 425
32	IT - Betriebsausgaben	100 749	122 650	110 000	111 800	108 300	99 000	99 000
33	Zusammenarbeit und Sitzungen	12 129	23 300	23 660	32 115	45 705	66 330	80 410
34	Patentinformation und Kommunikation	12 260	18 490	19 900	20 050	20 315	20 565	20 865
35	Allgemeine Betriebsausgaben	61 378	91 220	84 240	84 545	86 410	87 480	90 980
36	Versorgungs- und Sozialversicherungssystem	272 990	271 165	298 590	319 495	336 785	356 705	379 745
37	Von Dritten finanzierte Projektausgaben	38	140	135	135	135	135	135
38	Finanzausgaben	117	10 205	107 100	120 100	132 100	145 100	158 100
30-38	Zwischensumme	1 738 265	1 927 935	2 072 350	2 139 760	2 221 550	2 311 430	2 410 180
	Betriebsabschnitt, Überschuss	479 869	335 410	294 130	232 305	185 075	149 410	109 895
	Betriebsabschnitt INSGESAMT	2 218 134	2 263 345	2 366 480	2 372 065	2 406 625	2 460 840	2 520 075
Abschnitt 2: Kapitalabschnitt								
410	Liegenschaften und Gebäude	96 184	71 000	47 785	68 745	24 440	62 610	86 555
411	Mobiliar und Geräte	904	5 630	2 750	485	495	510	515
42	IT - Sachanlagen & immaterielle Anlagen	18 292	24 000	20 000	12 000	11 000	10 000	10 000
45	Darlehen und Vorschüsse an Dritte	16 800	16 800	16 800	16 800	16 800	16 800	16 800
	Konsolidierter Überschuss	364 605	234 780	223 595	151 075	149 140	76 290	12 825
	Kapitalabschnitt INSGESAMT	496 785	352 210	310 930	249 105	201 875	166 210	126 695

BEWILLIGUNGSHAUSHALT (ART. 25 (1) a) FINANZORDNUNG)
AMT / VERSORGUNGS- UND SOZIALVERSICHERUNGSSYSTEM
 BEWILLIGUNGSHAUSHALT (ART. 25 (1) a) FINANZORDNUNG)
 in 1 000 €

Kap. Gr.	E I N N A H M E N	Rechnung						Budget							
		2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023
Abschnitt 1: Betriebsabschnitt															
500	Einnahmen aus Anmeldung und Recherche (EPÜ)	201 844	209 440	222 640	229 060	240 355	247 905	256 685							
501	Einnahmen aus Anmeldung und Recherche (PCT)	133 446	129 560	125 980	129 385	133 340	136 945	140 765							
509	Einnahmen aus sonstigen Recherchenarbeiten	61 583	58 105	65 110	65 110	66 270	67 430	68 595							
510	Einnahmen aus Prüfung, Erteilung und Einspruch (EPÜ)	322 711	334 790	339 665	338 425	339 750	341 345	342 335							
511	Einnahmen aus Prüfung (PCT)	15 559	17 135	14 670	15 035	15 405	15 770	16 135							
52	Beschwerdegebühren	5 247	6 700	8 290	8 290	8 290	7 875	7 255							
530	Benennungs- und Jahresgebühren (EPÜ)	1 136 298	1 104 655	1 125 575	1 084 165	1 050 145	1 026 075	1 016 370							
532	Jahresgebühren (EPS)	0	2 830	2 830	20 950	48 110	89 270	117 380							
535	Erstreckungs- & Validierungsgebühren	284	960	1 460	1 840	1 830	1 820	1 810							
540	Patentinformationsprodukte	7 871	8 010	7 710	7 710	7 720	7 720	7 730							
55	Allgemeine Betriebseinnahmen	209 584	221 905	225 785	231 780	239 065	245 605	252 110							
56	Versorgungs- und Sozialversicherungssystem	107 735	119 465	118 030	118 580	122 610	126 345	133 170							
57	Projektfinanzierung durch Dritte	38	140	135	135	135	135	135							
58	Finanzeinnahmen	15 934	49 650	108 600	121 600	133 600	146 600	159 600							
Betriebsabschnitt INSGESAMT		2 218 134	2 263 345	2 366 480	2 372 065	2 406 625	2 460 840	2 520 075							
Abschnitt 2: Kapitalabschnitt															
60/66	Betriebsabschnitt, Überschuss	479 869	335 410	294 130	232 305	185 075	149 410	109 895							
650	Rückzahlung von dem Personal gewährten Baudarlehen	16 916	16 800	16 800	16 800	16 800	16 800	16 800							
Kapitalabschnitt INSGESAMT		496 785	352 210	310 930	249 105	201 875	166 210	126 695							

3. IFRS-Ergebnisse

**PLAN-GESAMTERGEBNISRECHNUNGEN GEMÄSS IFRS
DER EUROPÄISCHEN PATENTORGANISATION**

(in 1 000 €)

	IFRS-Plan 2019
ERTRÄGE	
Umsatzerlöse aus Patent- und Verfahrensgebühren	
Kap. 50 Anmeldung und Recherche	342 210
51 Prüfung, Erteilung und Einspruch	440 360
52 Beschwerde	6 610
53 Benennung, Aufrechterhaltung, Erstreckung, Validierung	1 127 345
54 Andere Erträge	76 620
Sonstige betriebliche Erträge	
Kap. 55 Allgemeine betriebliche Erträge	7 625
57 Projektfinanzierung durch Dritte	135
Aktivierete Eigenleistungen	5 000
Insgesamt	2 005 905
AUFWENDUNGEN	
Leistungen für Bedienstete	
Kap. 30 Personalaufwand	1 384 760
Abschreibungen und Wertminderungen	
Kap. 39 Abschreibungen	52 390
Sonstige betriebliche Aufwendungen	
Kap. 31 Instandhaltung von Immobilien und Geräten	67 150
32 IT-Betriebsausgaben	110 000
33 Zusammenarbeit und Sitzungen	22 070
34 Patentinformation und Öffentlichkeitsarbeit	19 900
35 Allgemeine betriebliche Aufwendungen	84 340
37 Von Dritten finanzierte Projektaufwendungen	135
Insgesamt	1 740 745
BETRIEBSERGEBNIS	265 160
Finanzerträge	
Kap. 58 Finanzeinnahmen	557 495
Finanzkosten	
Kap. 38 Finanzaufwendungen	559 755
FINANZERGEBNIS	-2 260
JAHRESERGEBNIS	262 900
Sonstiges Gesamtergebnis	0
GESAMTERGEBNIS	262 900

**PLAN-GESAMTERGEBNISRECHNUNGEN GEMÄSS IFRS
DER EUROPÄISCHEN PATENTORGANISATION**

(in 1 000 €)

IFRS-Plan			
2020	2021	2022	2023
354 690	368 180	378 725	390 945
392 090	378 105	364 570	346 470
9 040	9 955	10 575	10 700
1 095 100	1 074 660	1 071 165	1 075 515
76 620	77 790	78 950	80 125
4 125	4 100	4 075	4 075
135	135	135	135
5 000	5 000	5 000	5 000
1 936 800	1 917 925	1 913 195	1 912 965
1 433 105	1 473 440	1 509 530	1 544 875
51 900	50 510	51 360	50 400
47 535	41 065	42 375	43 425
111 800	108 300	99 000	99 000
22 180	22 270	22 390	22 505
20 050	20 315	20 565	20 865
84 395	86 670	87 975	91 610
135	135	135	135
1 771 100	1 802 705	1 833 330	1 872 815
165 700	115 220	79 865	40 150
595 090	633 020	673 645	715 835
592 115	625 625	660 710	697 270
2 975	7 395	12 935	18 565
168 675	122 615	92 800	58 715
0	0	0	0
168 675	122 615	92 800	58 715

PLAN-BILANZEN NACH IFRS
DER EUROPÄISCHEN PATENTORGANISATION
Geschätzte Eröffnungsbilanz zum 01.01.2019 und
Plan-Bilanz nach IFRS zum 31.12.2019 (in 1 000 €)

	IFRS-Plan	
	01.01.2019	31.12.2019
LANGFRISTIGE VERMÖGENSWERTE		
Sachanlagen	687 338	700 081
Immaterielle Vermögenswerte	62 417	67 921
Vermögenswerte RFPSS	8 586 862	9 046 472
EPOTIF	2 566 432	2 878 476
Baudarlehen an Mitarbeiter	70 110	70 310
Vermögenswerte aus dem Gehaltssparplan	101 099	124 934
	12 074 258	12 888 194
KURZFRISTIGE VERMÖGENSWERTE		
Forderungen aus Lieferungen/Leistungen & sonstige Forderungen	174 245	182 090
Baudarlehen an Mitarbeiter	6 740	6 660
Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	190	15 000
	181 175	203 750
SUMME AKTIVA	12 255 434	13 091 943
PASSIVA		
EIGENKAPITAL		
Gewinnrücklagen	-2 042 013	-1 779 113
Sonstige Rücklagen	1 784 179	1 784 179
SUMME EIGENKAPITAL	-257 834	5 065
LANGFRISTIGE VERBINDLICHKEITEN		
Leistungsorientierte Verpflichtungen	11 037 903	11 661 374
Verpflichtung aus dem Gehaltssparplan	101 099	124 934
Verbindlichkeiten aus Lieferungen/Leistungen & sonstige Verbindlichkeiten	40 660	41 670
Vorab entrichtete Gebühren	604 435	556 405
	11 784 098	12 384 383
KURZFRISTIGE VERBINDLICHKEITEN		
Verbindlichkeiten aus Lieferungen/Leistungen & sonstige Verbindlichkeiten	343 860	347 120
Rückstellungen	8 585	8 585
Vorab entrichtete Gebühren	376 725	346 790
	729 170	702 495
SUMME VERBINDLICHKEITEN	12 513 268	13 086 878
SUMME PASSIVA	12 255 434	13 091 943

PLAN-BILANZEN NACH IFRS
DER EUROPÄISCHEN PATENTORGANISATION
 Plan-Bilanzen nach IFRS zum 31.12.2020 - 31.12.2023
 (in 1 000 €)

IFRS-Plan			
31.12.2020	31.12.2021	31.12.2022	31.12.2023
728 643	714 586	738 233	787 556
68 791	68 372	66 586	64 031
9 527 792	10 038 767	10 578 692	11 149 577
3 125 513	3 398 626	3 616 814	3 801 483
70 310	70 310	70 230	70 250
152 019	181 799	214 254	249 849
13 673 067	14 472 461	15 284 809	16 122 746
193 080	202 500	216 625	226 045
6 660	6 660	6 690	6 680
15 000	15 000	15 000	15 000
214 740	224 160	238 315	247 725
13 887 807	14 696 620	15 523 123	16 370 471
-1 610 438	-1 487 823	-1 395 023	-1 336 308
1 784 179	1 784 179	1 784 179	1 784 179
173 740	296 356	389 156	447 871
12 303 257	12 974 925	13 674 533	14 403 664
152 019	181 799	214 254	249 849
42 840	44 245	45 500	46 745
534 460	522 695	520 210	529 490
13 032 577	13 723 665	14 454 498	15 229 748
340 045	342 330	346 350	353 422
8 335	8 495	8 890	9 420
333 110	325 775	324 230	330 010
681 490	676 600	679 470	692 852
13 714 067	14 400 265	15 133 968	15 922 600
13 887 807	14 696 620	15 523 123	16 370 471

4. 2019 Stellenplan

Stellen- gruppe	Budget					
	Amt (GDs 0, 1, 4, 5)		Beschwerdekammer		EPA Insgesamt	
	2018	2019	2018	2019	2018	2019
1	5	5	1	1	6	6
2	28	30	29	29	57	59
3	338	328	148	171	486	499
4	4 957	4 970	15	15	4 972	4 985
5	233	235	5	5	238	240
6	1 277	1 247	39	39	1 316	1 286
Total	6 838	6 815	237	260	7 075	7 075

Erläuterungen

Art. 25 (2) a) FinO

Der Präsident ist befugt, eine Anzahl überzähliger und vakanter auf Dauer besetzbarer Planstellen in den Stellengruppen 5 und 6 bis zu der in Anhang I der FinO angegebenen jährlichen Obergrenze zu streichen und durch eine entsprechende Anzahl auf Dauer besetzbarer Planstellen in den Stellengruppen 2 bis 4 zu ersetzen (CA/D 21/13).

Befristete Bedienstete

Bis zu 20 % der Planstellen im Europäischen Patentamt können mit befristeten Bediensteten besetzt werden.

Stellengruppen

- 1 Umfasst die Besoldungsgruppen G16 - G17
- 2 Umfasst die Besoldungsgruppen G15 - G16
- 3 Umfasst die Besoldungsgruppen G13 - G15
- 4 Umfasst die Besoldungsgruppen G7 - G13
- 5 Umfasst die Besoldungsgruppen G7 - G10
- 6 Umfasst die Besoldungsgruppen G1 - G9

5. Anhang A – Beschwerdekammern

Budgetärer Ausblick auf die Zukunft der Beschwerdekammern des EPA (BK)

Einnahmen (in 1 000 €)	2019
Direkte Einnahmen gemäß Haushaltsplan	
Klasse 5	
Artikel 5200 Beschwerdegebühren	8 290
IFRS Anpassungen (vorab entrichtete Gebühren)	-1 675
Umsatzerlöse für das Produkt Beschwerde	6 615

Kosten (in 1 000 €)	2019
Direkte Betriebsausgaben gemäß Haushaltsplan	
Klasse 3	
Gruppe 300 Gehälter und Zulagen	64 235
Gruppe 301-303 Sonstige Personalkosten	460
Kapitel 31 Instandhaltung von Immobilien und Geräten	3 155
Kapitel 32 IT-Betriebsausgaben	750
Kapitel 33 Zusammenarbeit und Sitzungen	30
Kapitel 34 Patentinformation und Kommunikation	25
Kapitel 35 Allgemeine Betriebsausgaben	1 545
Zwischensumme	70 200
Prognostizierte Zuordnung sonstiger Kosten gemäß der Methode der Einheitskosten	15 909
Kosten für das Produkt Beschwerde	86 109

Investitionsausgaben (in 1 000 €)	2019
Direkte Kapitalausgaben gemäß Haushaltsplan	
Klasse 4	
Chapter 41 Property and Equipment	920
Kapitalausgaben insgesamt	920

6. Anhang B – Einheitlicher Patentschutz (EPS)

Haushaltsansätze für das europäische Patent mit einheitlicher Wirkung*

Einnahmen (in 1 000 EUR)	2019	2020
Vom EPA vereinnahmte EPS Gebühren		
- Jahresgebühren für erteilte Patente (Artikel 5320)	2 800	20 740
- Zuschlagsgebühren für die verspätete Zahlung von Jahresgebühren (Artikel 5320)	30	210
- Verwaltungsgebühren (Artikel 5520)	50	120
Abzug der im Auftrag der teilnehmenden Mitgliedstaaten erhobenen Verwaltungsgebühren	-50	-120
A. EPS-Budgeteinnahmen des EPA insgesamt	2 830	20 950
B. Anteil der Mitgliedstaaten an den EPS-Einnahmen (50 %)	1 415	10 475

Kosten für den Anteil der Mitgliedstaaten (in 1 000 EUR)	2019	2020
Direkt zurechenbare Betriebskosten und Anteil der indirekt zurechenbaren Gemeinkosten**	980	2 040
Abzug der im Auftrag der teilnehmenden Mitgliedstaaten erhobenen Verwaltungsgebühren	-50	-120
Kosten des EPA für die Abwicklung des EPS	930	1 920
Kompensation von Übersetzungskosten (Artikel 3320)	400	810
Anteil der Kosten, der dem EPS gemäß Art. 146 EPÜ zuzurechnen ist***	1 330	2 730
In einem späteren Jahr auszugleichender Fehlbetrag***	0	0
Aus einem früheren Jahr ausgeglichener Fehlbetrag***	0	0
An die Mitgliedstaaten zu verteilenden EPS-Nettoeinnahmen (Artikel 3325) ***	85	7 745
EPS-Budgetausgaben des EPA insgesamt (einschl. an die Mitgliedstaaten zu verteilenden EPS-Nettoeinnahmen)	1 415	10 475

C. (= A. - B.) EPA-Anteil an den EPS-Einnahmen	1 415	10 475
---	--------------	---------------

Anmerkungen

* Die Übersicht gibt die Budgetansätze im Bewilligungshaushalt wieder und basiert auf den in Artikel 2 der Gebührenordnung zum einheitlichen Patentschutz (GebOEPS) festgelegten Gebührenbeträgen, der veranschlagten Basis EPS-Marktdurchdringungsrate (siehe SC/18/15) und einem Inkrafttreten des europäischen Patents mit einheitlicher Wirkung im Jahr 2019.

** Der Anteil der Ausgaben, der gemäß Artikel 146 EPÜ dem europäischen Patent mit einheitlicher Wirkung zuzurechnen ist, ist Bestandteil des Jahreshaushalts des Amts, der dem Haushalts- und Finanzausschuss und dem Verwaltungsrat vorgelegt wird. Gemäß Artikel 1 (2) der Haushalts- und Finanzvorschriften für den einheitlichen Patentschutz müssen diese Ausgaben vorab dem Engeren Ausschuss zur Stellungnahme vorgelegt werden. Sofern Kosten nicht sofort und direkt der Verwaltung des europäischen Patents mit einheitlicher Wirkung zurechenbar sind, wird der dem europäischen Patent mit einheitlicher Wirkung zurechenbare Anteil an diesen Kosten gemäß der Kostenrechnungsmethodologie des Amts ermittelt.

*** Gemäß der aktuellen Gebührenordnung erfolgt im Fall eines Fehlbetrags in den ersten Jahren des Bestehens des europäischen Patents mit einheitlicher Wirkung ein Ausgleich in Form eines Einbehalts in den Folgejahren. Die betreffenden Positionen sind in der Tabelle aus Gründen der Vollständigkeit enthalten, auch wenn diese möglicherweise nicht zur Anwendung kommen, da auf Basis der aktuell zugrunde gelegten Annahmen bereits im ersten Jahr mit einem Überschuss gerechnet wird.

